

# Landkreis Ravensburg

den 27. Jun. 2015

## Niederschrift

über die Sitzung des Verwaltungsausschusses  
am 16.04.2015 im Jobcenter, Sauterleutestr. 34, 88250 Weingarten, Sitzungssaal Raum 009

Dauer 14:00 Uhr bis 16:30 Uhr

Normalzahl: Der Vorsitzende und 20 Mitglieder

### Anwesend:

#### Vorsitzende/r

Herr Kurt Widmaier,

#### stellvertr. Vorsitzende/r

Frau Eva-Maria Meschenmoser,

#### CDU

Herr Rolf Engler,

Herr Oberbürgermeister Hans-Jörg Henle,

Herr Bürgermeister Peter Müller,

Vertretung für KR A. Müller

Herr Oberbürgermeister Dr. Daniel Rapp,

Herr Bürgermeister Volker Restle,

Herr Robert Stützle,

Vertretung für KR Bürkle

#### FWV

Herr Jochen Fischinger,

Herr Bürgermeister Rainer Magenreuter,

Herr Bernhard Schultes,

Herr Bürgermeister Oliver Spieß,

#### SPD

Herr Rudolf Bindig,

Herr Rainer Marquart,

Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Dr. Margret Brehm,

Herr Siegfried Spangenberg,

Herr Dr. Ulrich Walz,

Vertretung für KR Lucha

ÖDP

Herr Siegfried Scharpf,

FDP

Herr M. A. Daniel Gallasch,

Die Linke

Herr Wolfgang Nippe,

Protokollführer

Frau Eva Weeber,

von der Verwaltung

Herr Franz Baur,

Herr Christoph Dreher,

Herr Gerd Hägele,

Herr Peter Hagg,

Frau Diana E. Raedler,

Herr Georg Rupp,

Frau Sybille Schuh,

Herr Walter Sieger,

Gäste

Herr Ekkehard Falk,

Polizeipräsidium Konstanz, zu TOP 2

Abwesend:

CDU

Herr Bürgermeister Roland Bürkle,

wird von KR Stützle vertreten

Herr Bürgermeister Josef Köberle,

Herr Axel Müller,

wird von KR P. Müller vertreten

Herr Wolfgang Pfefferle,

Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Manfred Lucha, MdL,

wird von KR Spangenberg vertreten

Ausgelegte Tischvorlagen:

Protokollentwurf, zu TOP 1

Tischvorlage mit Schaubild, zu TOP 6

## **Tagesordnung**

### **Öffentliche Sitzung**

- 1 Protokoll der vorausgegangenen Sitzung
- 2 Polizeireform - Bericht des Herrn Polizeipräsidenten Ekkehard Falk
- 3 Genehmigung von Spenden
- 4 Anfragen und Bekanntgaben - Integrierte Leitstelle Oberschwaben; Finanzierung

### **Nichtöffentliche Sitzung**

- 5 Besoldung des Landrats
- 6 Kartellverfahren Holz
- 7 Jahresabschluss 2014 - Übertragung von Haushaltsmitteln
- 8 Überörtliche Prüfung der Jahresabschlüsse 2010 - 2013 des Landkreises und seiner Eigenbetriebe durch die Gemeindeprüfungsanstalt
- 9 Überörtliche Prüfung der Bauausgaben 2011-2013 des Landkreises einschließlich der Eigenbetriebe durch die Gemeindeprüfungsanstalt
- 10 Versetzung von leitenden Bediensteten in den vorzeitigen Ruhestand (teilweise Vorberatung)
- 11 Anfragen und Bekanntgaben

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses wurden am 08.04.2015 zu dieser Sitzung eingeladen.

## Öffentliche Sitzung

### § 44

#### Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

Der Vorsitzende verweist auf den als Tischvorlage verteilten Protokollentwurf der Sitzung am 26.02.2015.

Der Verwaltungsausschuss nimmt den Entwurf ohne weitere Wortmeldungen zur Kenntnis.

### § 45

#### Polizeireform - Bericht des Herrn Polizeipräsidenten Ekkehard Falk

Herr Falk, Polizeipräsidium Konstanz, stellt die Strukturen der Kriminal- und Verkehrspolizei, die Personalstärke und Stellensituation sowie die Einsatz-Organisation mit einer Power-Point-Präsentation vor.

Herr Hägele und Herr Sieger besprechen mit Herrn Falk die technischen und personellen Probleme bei den Einheiten Umweltschutz und Gewerbeverwaltung.

KR S. Scharpf weiß nach Gesprächen mit befreundeten Polizisten von großem Unmut und deutlicher Unzufriedenheit im Kollegenkreis. Seiner Auffassung nach sei die Polizeireform ein Fehler gewesen. Diejenigen, die sich mit der neuen Situation arrangiert hätten, seien auch die Nutznießer der Reform, die restlichen Mitarbeiter würden „im Vorborgenen schimpfen“.

Herr Falk entgegnet, dass Reformen immer Unmut nach sich zögen. Speziell bei dieser Reform sei viel Rücksicht auf die Mitarbeiter genommen worden. Im Übrigen dürfe sich gerade ein Kriminaler aus Ravensburg nicht beschweren, denn er habe die Arbeitsstelle ja nicht wechseln müssen. Er bittet darum, im Einzelfall mit ihm Kontakt aufzunehmen und konkrete Nachteile im direkten Gespräch mit ihm aufzuzeigen.

KR Engler bezeichnet die Reform als überfällig. Bei jeder Veränderung sei mit Unruhen zu rechnen. Zu hinterfragen seien allerdings die Prämissen, die der Grundsatzentscheidung zugrunde gelegt worden seien (Räumlichkeiten, Liegenschaften). Eine ganzheitliche Betrachtung unter Einbeziehung auch der Anfahrten und der Wohnungssituation in Konstanz wäre seines Erachtens sinnvoller gewesen. In Ravensburg vermisse er nach wie vor verstärkte Streifengänge in der Innenstadt. In diesem Zusammenhang dürfe auch über eine ehrenamtliche Verstärkung nachgedacht werden.

Herr Falk berichtet, dass die Anfahrten nach Konstanz sehr rar seien. Eine Untersuchung der Fahrleistungen habe sogar ergeben, dass die Fahrten nach Konstanz nicht angestiegen seien. Hinsichtlich der Streifeneinsätze sei zu bedenken, dass die Ressourcen endlich seien. Die Besetzung eines Reviers könne nicht überall gleichzeitig sein (z.B. in der Ravensburger Weststadt und in der Innenstadt). Herr Falk informiert über den Stand des Genehmigungsverfahrens für den Neubau eines Polizeidienstgebäudes in Ravensburg. Der voraussichtliche Baubeginn sei für November/Dezember dieses Jahres geplant.

Auf Frage von KR Gallasch schildert Herr Falk die Kommunikation unter den Mitarbeitern, bezogen auf den Einsatz der modernen technischen Kommunikationsmittel, aber auch hinsichtlich des „polizeilichen Buschfunks“.

Herr Falk erläutert die aktuelle Statistik zu Straftaten und Wohnungseinbrüchen/Diebstählen.

KR Bindig fordert eine Senkung der Zahlen. Mit dem Einpendeln auf ein Durchschnittsniveau dürfe man sich nicht zufrieden geben.

Herr Falk geht davon aus, dass die Gesellschaft mit einem gewissen Grund-Maß an Kriminalität leben muss. Außerdem seien bei der Bewertung der statistischen Zahlen auch immer die Rahmenbedingungen in den Blick zu nehmen (z.B. mit dem Wegfall einer bestimmten Ermittlergruppe würden sich auch die entsprechenden statistischen Zahlen reduzieren.).

KR Engler verweist auf die schwieriger werdende persönliche Situation von Polizeibeamten. Diese würden zunehmend und immer heftiger angegangen. Die allgemeine Anerkennung und Akzeptanz des Polizeiberufes müsse deutlich gesteigert werden.

Herr Falk bestätigt, dass der alltägliche Umgang in der Tat immer schwieriger werde. Belei-

digungen, Bespucken und die fehlende Akzeptanz von gesetzlichen Regelungen seien immer mehr an der Tagesordnung.

Herr Nippe fragt, wie die Polizisten mit diesen hohen psychischen Belastungen umgehen.

Herr Falk beschreibt das Netz von Betreuungskräften und Konfliktberatern, außerdem: polizeiärztlicher Dienst, Nachsorge und betriebliches Gesundheitsmanagement. Als letzte Alternative käme ein Wechsel des Arbeitsbereiches in Frage.

Ohne weitere Wortmeldungen nimmt der Verwaltungsausschuss den Bericht zur Kenntnis.

## § 46

### Genehmigung von Spenden

Frau Schuh verweist auf die versandten Sitzungsvorlagen (siehe Anlagen) und erläutert die anzunehmenden Spenden.

Ohne weitere Wortmeldung fasst der Verwaltungsausschuss **einstimmig** folgenden Beschluss:

Der Annahme der in der Sitzungsvorlage aufgeführten Spenden wird zugestimmt.

## § 47

### Anfragen und Bekanntgaben - Integrierte Leitstelle Oberschwaben; Finanzierung

Herr Hägele führt aus:

„Es geht um die Kostenanteile bei der Finanzierung der Personal- und Betriebskosten der Integrierten Leitstelle Oberschwaben. Seit 1978 betrieb der Landkreis gemeinsam mit dem DRK eine gemeinsame Feuerwehr- und Rettungsleitstelle, ab 1999 als sog. integrierte Leitstelle, d.h. in gemeinsamer Trägerschaft und seit 2012 als integrierte Leitstelle Oberschwaben, unter Beteiligung des Landkreises Sigmaringen.“

Es wurde vereinbart, dass das DRK und die beiden Landkreise je die Hälfte der Kosten tragen und von dieser Hälfte entsprechend der Einwohnerzahl

- Ravensburg: zwei Drittel und
- Sigmaringen: ein Drittel.

Darüber ob die Kostenverteilung zwischen Rettungsdienst und Feuerwehr sachgerecht ist, lässt sich trefflich streiten.

So hat der Landkreis Tübingen mit dem dortigen DRK eine Verteilung 65% DRK und 35% Feuerwehr vereinbart. Da die Kassen nur 50% für den Rettungsdienst bezahlen wollten, hat das DRK die Kassen verklagt und beim VGH Recht bekommen. Was bedeutet dies für uns? Für die nächsten Jahre nichts, denn der Vertrag zwischen den Landkreisen und dem DRK sieht eine Kündigungsmöglichkeit erst nach Ablauf von 10 Jahren nach Inbetriebnahme vor.“



**Verwaltungsausschuss am 16.04.2015:**

**Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefassten Beschlüsse**

§ 48

Besoldung des Landrats

Beschluss:

Herr Harald Sievers wird ab 01.06.2015 nach Besoldungsgruppe B 8 besoldet.

§ 49

Kartellverfahren Holz

Empfehlungsbeschluss für den Kreistag:

Der Übergangslösung im Holzverkauf für den Kommunal- und Kleinprivatwald wird zugestimmt. Der Holzverkauf für den Kommunal- und Kleinprivatwald wird an die Kreiskämmerei als freiwillige kommunale Aufgabe übertragen.

Voraussetzung ist, dass der Untersagungsbeschluss des Bundeskartellamts vorliegt und das Land eine Freistellungserklärung gegenüber dem Landkreis Ravensburg bezüglich Schadenersatzforderungen erteilt bzw. auf einen Rückgriff gegenüber dem Landkreis Ravensburg verzichtet.

§ 50

Jahresabschluss 2014 - Übertragung von Haushaltsmitteln

Empfehlungsbeschluss für den Kreistag:

1. Der Übertragung der Budgetreste der Ämter mit einem Gesamtbetrag von

44.531 € entsprechend Anlage 1 der Sitzungsvorlage wird zugestimmt.

2. Der Übertragung von Ansätzen für Auszahlungen für Investitionen mit einem Gesamtbetrag von 5.224.985 € entsprechend Anlage 3 der Sitzungsvorlage wird zugestimmt.

#### § 51

#### Überörtliche Prüfung der Jahresabschlüsse 2010 - 2013 des Landkreises und seiner Eigenbetriebe durch die Gemeindeprüfungsanstalt

Empfehlungsbeschluss für den Kreistag:

Die Unterrichtung über das wesentliche Ergebnis der Prüfung der allgemeinen Finanzprüfung in den Haushaltsjahren 2010-2013 durch die Gemeindeprüfungsanstalt und die Stellungnahmen der Verwaltung werden dem Kreistag zur Kenntnisnahme vorgelegt.

#### § 52

#### Überörtliche Prüfung der Bauausgaben 2011-2013 des Landkreises einschließlich der Eigenbetriebe durch die Gemeindeprüfungsanstalt

Empfehlungsbeschluss für den Kreistag:

Die Unterrichtung über das wesentliche Ergebnis der Prüfung der Bausausgaben in den Haushaltsjahren 2011-2013 durch die Gemeindeprüfungsanstalt und die Stellungnahmen der Verwaltung werden dem Kreistag zur Kenntnis vorgelegt.

#### § 53

#### Versetzung von leitenden Bediensteten in den vorzeitigen Ruhestand

(teilweise Vorberatung)

Beschluss (Nr. 1) / Empfehlungsbeschluss für den Kreistag (Nr. 2):

1. Der beantragten Versetzung von Herr Dieter Dehm in den Ruhestand wird zugestimmt.
2. Dem Kreistag wird empfohlen, den beantragten Versetzungen von Herrn Rainer Sommer und Herrn Knut Immeke in den Ruhestand zuzustimmen.

Z. B.

Vorsitzender

Kurt Widmaier

Stellvertr. Vorsitz

entfällt

Schriftführerin

Eva Weeber

Kreisräte

Volker Restle

Rainer Marquart